

Bürgerbegehren zum Erhalt der Realschule erfolgreich

10.01.2014 | 21:00 Uhr



Kommt die Sekundarschule? Die Frage bleibt spannend.

Foto: Heinz-Werner Rieck

Der Rat befasst sich in einer Sondersitzung am 28. Januar mit dem Bürgerbegehren. Bei der Bezirksregierung läuft eine Anfrage, die Anmeldefrist für die weiterführenden Schulen zu verlängern. Bürgerentscheid wäre am 16. März.

Die Frage „Kommt die Sekundarschule?“ hängt maßgeblich von dem Ausgang des von dem Verein „Pro Realschule“ initiierten Bürgerbegehrens zusammen. Mit 4509 Unterschriften haben Bürger für den Erhalt der Heinrich-Kölver-Schule gestimmt, wie Bürgermeister Stefan Freitag gestern mitteilte. 3990 Stimmen seien nötig gewesen, so Mike Trommler, stellvertretender Vorsitzender des Vereins. Bei 4509 habe die Stadt aufgehört zu zählen, insgesamt seien aber über 5000 zusammen gekommen.

Damit stehen jetzt zwei Grundrechte gegeneinander: Das Begehren der Bürger gegen den Wunsch der Eltern, die im Sommer bei einer Befragung die Einrichtung einer Sekundarschule klar befürwortet haben. Juristisch ist der Elternwille im Schulgesetz verankert, das Bürgerbegehren in der Landesverfassung. Um ein langwieriges juristisches Fingerhakeln zu verhindern, erklärte Bürgermeister Stefan Freitag gestern: „Wir werden dem Rat vorschlagen, das Bürgerbegehren als zulässig anzusehen.“

Am 28. Januar will sich der Rat in einer Sondersitzung damit beschäftigen. Kommt es dann zum Bürgerentscheid, ist als Termin der 16. März ins Auge gefasst.

Knackpunkt Anmeldungen

Und wann wissen Eltern von Viertklässlern nun, ob sie ihre Kinder für die Sekundarschule bzw an eine andere weiterführende Schulen anmelden können? „Die Anmeldungen sind ein echter Knackpunkt“, meint Holger Richter, zuständiger Fachdezernent: Muss doch das Anmeldeverfahren per Gesetzgebung bis zum 21. März abgeschlossen sein – gerade mal fünf Tage nach dem Bürgerentscheid. Zwei Möglichkeiten müsse man ins Auge fassen, so Ulrich Stahl, Fachbereichsleiter Bildung, Kultur und Sport: Bei Variante eins bliebe die Anmeldefrist bestehen. Dann würde die Verwaltung dem Rat vorschlagen, die Entscheidung über die Errichtung der Sekundarschule auszusetzen. Man müsse dann das Ergebnis des Bürgerentscheids abwarten und gegebenenfalls neue Entscheidungen treffen.

Bei Variante zwei benötige man die Erlaubnis der Bezirksregierung, das Anmeldeverfahren zu verlängern. Auch dann gibt es zwei Möglichkeiten. Hätte der Bürgerentscheid Erfolg, nähme die Realschule am Anmeldeverfahren teil und für die Sekundarschule „müssten komplett neue Überlegungen aufgestellt werden“, so Stahl. Hat der Bürgerentscheid keinen Erfolg, dann werde das Anmeldeverfahren wie geplant durchgezogen, nur eben später.

„Für den Fall, dass die Realschule bestehen bleibt, wird es für diese Schule keine besonders erfreuliche Situation geben“, wie Ulrich Stahl bemerkte. Im Gegensatz zur Sekundarschule größere Klassen, weniger Lehrer, keine Ganztagschule. Die Verfechter der Realschule würden den Schülern also einen Bärenienst erweisen..